



## **Verkehrsausschuss**

### **14. Sitzung (öffentlich)**

6. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:37 Uhr bis 17:25 Uhr

Vorsitz: Matthias Goeken (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

- 1 Hochleistungsnetz der Deutschen Bahn AG – Allgemein und in NRW 7**  
– Bericht der Deutschen Bahn AG (*Bildschirmpräsentation s. Anlage 1*)
  
- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024) 32**  
Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000  
Vorlage 18/1451 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/1549 (Einführungsbericht Einzelplan 10)  
Einzelplan 10 (ausschließlich für den Ausschuss relevante Kapitel)
  - mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge

**3 Damit alle einsteigen können: NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket 37**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4584

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss beschließt auf Antrag von Gordan Dudas (SPD), eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchzuführen.

**4 Sachstand Deutschland-Ticket 38**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1537

In Verbindung mit:

**Aktueller Stand beim SchülerInnen-Ticket** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*)

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1536

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

**5 Zuschuss zum Deutschlandticket für alle Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln 44**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4583

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der federführende Haushalts- und Finanzausschuss eine schriftliche Sachverständigenanhörung durchführen wird, und kommt überein, den Antrag in der Ausschusssitzung am 18. Oktober 2023 erneut aufzurufen.

**6 Zügigere Entfernung und Verwertung rechtswidrig abgestellter Kraftfahrzeuge mittels Beseitigungsanordnungen sowie Vollstreckung im Wege des Sofortvollzugs** 45

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 18/3309

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD ab.

**7 Die Demokratie lebt von gut informierten Parlamentariern: Nordrhein-Westfalen braucht einen Beirat für die Autobahn GmbH des Bundes in NRW** 46

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4137

Schriftliche Anhörung:  
Stellungnahme 18/691  
Stellungnahme 18/692  
Stellungnahme 18/702  
Stellungnahme 18/722  
Stellungnahme 18/723  
Stellungnahme 18/735

– Wortbeiträge

**8 Entwurf einer Dritten Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Bereich Straßenverkehr und Güterbeförderung** 50

Drucksache 18/4837  
Vorlage 18/1366

– Wortbeiträge

Der Vorsitzende Matthias Goeken stellt fest, dass der Verkehrsausschuss zu dem Verordnungsentwurf angehört wurde.

- 9 Bericht der Landesregierung zum 2. Jahrestag der Flutkatastrophe**  
*(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **51**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1377
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 10 Folgen des Hochwassers an der Emscher vom 22./23.06.2023** *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **54**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1367 – Neudruck  
Vorlage 18/1468
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 11 Sachstand zum Ausbau- und Modernisierungspakt für den ÖPNV (AMP)**  
*(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **56**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1538
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 12 Finanzierung des ÖPNV in Nordrhein-Westfalen im Ländervergleich**  
*(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 3])* **58**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1535
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge

- 13 Sachstandsbericht zur angekündigten Sperrung der A 544/Haarbachtalbrücke** *(Bericht beantragt durch die Fraktion der SPD [s. Anlage 4])* **60**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1534
- mündlicher Bericht der Landesregierung
  - Wortbeiträge
- 14 Nationale Hafenstrategie** **64**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1539
- Wortbeiträge
- 15 Verschiedenes** **65**
- keine Wortbeiträge



## 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/5000

Vorlage 18/1451 (Erläuterungsband)  
Vorlage 18/1549 (Einführungsbericht Einzelplan 10)

Einzelplan 10 (ausschließlich für den Ausschuss relevante Kapitel)

*(Überweisung am 23. August 2023 an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgen)*

**Vorsitzender Matthias Goeken** weist darauf hin, dass im Anschluss an die Einbringung des Haushalts üblicherweise lediglich Verständnisfragen gestellt würden. Die weiteren Beratungen zum Haushalt 2024 fänden in den Sitzungen am 18. Oktober und am 8. November 2023 statt; der Haushalts- und Finanzausschuss erwarte die Voten der Fachausschüsse zu seiner Sitzung am 10. November 2023. In der Novembersitzung des Verkehrsausschusses würden auch die Änderungsanträge der Fraktionen beraten und abgestimmt.

Die Fraktionen könnten wie üblich auch schriftliche Fragen zur Einbringung des Einzelplans an die Landesregierung richten, die daraufhin schriftlich beantwortet würden. Gegen den Vorschlag, den 13. September 2023 als Frist zur Einreichung der Fragen und den 20. September 2023 als Frist zur Beantwortung zu bestimmen, erhebt sich kein Widerspruch.

Er gehe außerdem davon aus, dass dem Ausschuss der Sprechzettel des Staatssekretärs zur Einbringung des Haushalts – Minister Krischer könne an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen – zur Verfügung gestellt werde.

**Gordan Dudas (SPD)** merkt an, dass die jeweiligen Minister für Verkehr über die vergangenen Legislaturperioden hinweg ihre Sprechzettel bereits im Zuge der Einbringung als Tischvorlage zur Verfügung gestellt und im Nachgang per E-Mail verteilt hätten.

Von dem in der Vergangenheit gepflegten Vorgehen habe er keine Kenntnis gehabt, so **StS Viktor Haase (MUNV)**. Sicherlich werde man sich dem in Zukunft nicht verwehren. Er sage zu, den heutigen Sprechzettel im Nachgang zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Zur Einbringung der für den Verkehrsausschuss relevanten Kapitel des Einzelplans 10 trägt er wie folgt vor:

Vielen Dank, dass ich Ihnen heute die Haushaltseinbringung übermitteln darf. Ich möchte Herrn Minister Krischer entschuldigen. Dieser Bedarfstermin ist überlagert worden durch die auswärtige Kabinettsitzung in Brüssel. Von daher kann er leider heute nicht hier sein. Es handelt sich aber um einen Sprechzettel, der schon seit längerem vorbereitet ist. Ich vermute daher, Minister Krischer hätte es sehr ähnlich vortragen wie ich.

Auch in diesem Jahr stehen wir vor gewaltigen Herausforderungen für die finanzielle Ausgestaltung unserer Politik. Die Rahmenbedingungen sind überwiegend bedingt durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Man muss sich immer wieder vor Augen führen und bewusst machen, dass die finanzielle Situation und die Herausforderungen, vor denen sowohl das Land als auch der Bund stehen, dadurch bedingt sind.

Wir als Landesregierung NRW stellen uns diesen Herausforderungen und nehmen für den Haushalt 2024 keine neuen Schulden auf. Das bedeutet für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr auf der anderen Seite Einsparungen. Das muss man ganz klar sagen. Dennoch setzen wir die entsprechenden Ziele des Zukunftsvertrages in Einzelplan 10 des Haushalts um.

Ganz zu Beginn möchte ich das Deutschlandticket nennen, mit dem der Tarifschub gelichtet und die Ticketbeschaffung revolutioniert werden konnte, bzw. wir sind dabei, sie zu revolutionieren. Mit einer Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung bereits 560 Millionen Euro aufgenommen, um das bundesweit gültige und monatlich kündbare 49-Euro-Ticket mitzufinanzieren.

Die Landesregierung hat sich darüber hinaus auf die Einführung eines Schülertickets und des Sozialtickets verständigt, zu sehr attraktiven Preisen: Mit 39 Euro für das Sozialticket und 29 Euro für das Ticket für Schülerinnen und Schüler kommen wir dem Ziel, Mobilität unabhängig von der persönlichen finanziellen Situation für alle zugänglich zu machen, einen bedeutsamen Schritt näher.

Wir sorgen zum anderen dafür, dass vernetzte und nutzerfreundliche Mobilität in NRW gelebt wird und Vernetzungs- und Digitalisierungsprojekte unterstützt, Kooperationen befördert und Effekte von Automatisierung und Digitalisierung untersucht werden.

Zur Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Personennahverkehrs wurde der Ansatz 2024 im Vergleich zum Vorjahr um knapp 90 Millionen Euro gesteigert. Damit wird dessen hohe Bedeutung untermauert.

Die ÖPNV-Offensive des Landes wird über die Gewährung von Pauschalen hinaus weiter fortgeführt. Bis 2031 werden rund 4 Milliarden Euro für die weitere Verbesserung des ÖPNV des Landes eingesetzt. Daraus werden insbesondere zusätzliche Angebote im Schienenpersonennahverkehr, regionale Schnellbusverkehre, der Neu- und Ausbau und die Reaktivierung von Bahnstrecken, die barrierefreie Gestaltung

von Haltestellen und Bahnhöfen, der Ausbau und die Erneuerung der Stadtbahninfrastruktur sowie ein robustes Netz der Eisenbahn für den Nahverkehr finanziert.

Neben Investitionen in die Infrastruktur von Stadt- und Eisenbahnen für den Nahverkehr fördert das Land auch Erneuerungs- und Erhaltungsinvestitionen in die Infrastruktur von nicht bundeseigenen öffentlichen Eisenbahnen, sofern sie vorrangig dem Güterverkehr dienen.

Darüber hinaus fördert das Land Elektro- und Wasserstoffbusse und die dafür erforderliche Lade- und Werkstattinfrastruktur. Mit Blick auf die Finanzierung – wir kommen später auch noch zur Diskussionen um die Finanzierung des ÖPNV, die wir mit dem Bund führen und auch führen müssen – will ich auf die besondere Verantwortung des Bundes hinweisen.

Eine nachhaltige Verkehrspolitik bedeutet auch Umwelt- und Klimaschutz für unser Land. Um Deutschland beim Erreichen seiner ambitionierten Klimaschutzziele zu unterstützen, treibt Nordrhein-Westfalen unter anderem den Ausbau von Radwegen voran und erhöht die Investitionsmittel für Bau und Erhalt von Radwegen.

Das Land gewährt nach Maßgabe der Förderrichtlinien Nahmobilität Zuwendungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Investitionen und Planungen, Service sowie Kommunikation und Informationen zur Verbesserung des Radverkehrs und anderer Formen der Nahmobilität. Förderfähig sind Bau- und Ausbauvorhaben, grundhafte Sanierung sowie weitere Vorhaben der Nahmobilität, die geeignet sind, ein umweltschonendes, sicheres und nutzerorientiertes Angebot der Nahmobilität zu schaffen und motorisierten Individualverkehr auf die Nahmobilität zu verlagern.

Gefördert werden neben Radwegen, Fahrradabstellanlagen und Gehwegen auch Querungseinrichtungen, die den Verkehr sicherer machen. Außerdem sind neue Wegweiser, Ladestationen für Pedelecs, Öffentlichkeitsarbeit und Modal-Split-Erhebungen Bestandteil der Programme. Die hier geförderten Neubau-, Ausbau- oder grundhaften Sanierungsmaßnahmen wirken für die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort und dienen überwiegend den Alltagsverkehren.

Die Förderung der Fuß- und Radinfrastruktur erfreut sich einer sehr großen Beliebtheit auf kommunaler Ebene. Dies wird durch die hohe Anzahl an geförderten Maßnahmen in den Nahmobilitätsprogrammen der letzten Jahre sehr deutlich.

Neben dem öffentlichen Verkehr und dem Radverkehr ist der Schienenverkehr das Rückgrat einer zukünftigen, nachhaltigen und vernetzten Mobilität. Schienenverkehr und öffentlicher Nahverkehr müssen sowohl im städtischen wie im ländlichen Raum ausgebaut, optimiert und intelligent miteinander verknüpft werden. Wir haben vorhin schon eine intensive Diskussion um die Bedeutung des Schienenverkehrs geführt.

Nordrhein-Westfalen verfügt über ein Binnenwasserstraßennetz mit insgesamt 720 km Länge. Davon entfallen rund 240 km auf den Rhein und knapp 480 km auf das Westdeutsche Kanalnetz. An den Binnenwasserstraßen liegen 120 Häfen; davon sind 23 öffentliche Häfen. Sie leisten als Schnittstelle der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße einen maßgeblichen Beitrag zur umweltschonenden Bündelung und Verlagerung von Gütertransporten auf Wasserstraßen und Schienen.

Es ist ein Anliegen der Landesregierung, nicht nur die Häfen der Rheinschiene, sondern auch die Anbindung der Kanalhäfen als Logistikstandorte zu stärken, unter anderem durch eine Kostenbeteiligung an den Ausbaumaßnahmen.

Mit Blick auf die internationalen Verflechtungen und die Mobilitätsbedürfnisse ist der Luftverkehr ein wichtiger Bestandteil für die Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Wirtschaft. Dabei gilt es auch – das ist sicherlich ein neueres Thema –, den national, europäisch und international vereinbarten Klimaschutzzielen nachzukommen und sie in den Blick zu nehmen. Hierfür gilt es, eine Neuausrichtung hin zu einem klimaneutralen Fliegen – mit dem Zwischenziel eines klimafreundlicheren Fliegens – aktiv mitzugestalten und zu forcieren. Ziel der Landesregierung ist daher, den Luftverkehr in Nordrhein- Westfalen so weiterzuentwickeln, dass er neben den Bedürfnissen der Reisenden und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft dem Klimaschutz und den Bedürfnissen der Anwohnerinnen und Anwohner nach Lärmschutz stärker Rechnung trägt.

Last, but not least: Auch wenn wir Mobilität insgesamt und auch den Modal Split verändern wollen, sind und bleiben Straßen wichtige Adern für die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land. NRW verfügt über ein großes und grundsätzlich gutes Straßennetz, das allerdings an vielen Stellen in die Jahre gekommen ist. Mit dem Haushalt 2024 setzt die Landesregierung die Modernisierung der Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen fort.

Lassen Sie mich am Ende zusammenfassen: Trotz der anhaltenden finanziell engen Handlungsspielräume gibt es mit dem Einzelplan 10 eine gezielte Prioritätensetzung, mit der wichtige Projekte der zukunftsorientierten Transformation unseres Bundeslandes im Verkehrssektor vorangetrieben werden können.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

**Gordan Dudas (SPD)** bezeichnet die Einführung in den Einzelplan 10 des Haushaltsplans als sehr knapp. Angesichts der Übersichtlichkeit des Einzelplans überrasche dies jedoch nicht.

Weder aus den bisherigen Ausführungen noch aus dem Haushaltsplanentwurf gehe hervor, wie die Landesregierung die nötige Verkehrswende bewältigen wolle. Dafür brauche es ein Sonderprogramm, und er frage, ob es ein solches gebe.

Zweitens bleibe offen, ob die Landesregierung haushalterische Rücklagen für die Instandhaltung des Landesstraßennetzes bilde. Er verweise insbesondere auf den Zustand der Brückenbauwerke.

Drittens frage er, inwiefern konkrete Investitionspläne für einzelne Kapitel die im Haushaltsplanentwurf dargestellten Handlungsschwerpunkte begleiteten.

**Vorsitzender Matthias Goeken** erinnert daran, dass im Anschluss an die Einbringung lediglich Verständnisfragen vorgebracht werden sollten. Teile der Fragen des Abgeordneten reichten möglicherweise schon in den Bereich der inhaltlichen Auseinandersetzung hinein.

**StS Viktor Haase (MUNV)** antwortet, haushalterisch in einzelnen Titeln verankerte Rücklagen oder ein Sonderprogramm existierten nicht. Aus den im Haushaltsplanentwurf aufgeführten Mitteln würden selbstverständlich die geplanten Maßnahmen den Festlegungen entsprechend umgesetzt; über mehr Mittel als im Haushaltsplan vorgelegt verfüge das Land nun einmal nicht. Der finanzielle Rahmen stelle sich für das Land derzeit herausfordernd dar; umso mehr gelte es, Schwerpunkte zu setzen.

Konkrete Investitionspläne würden im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen vorgelegt, beispielsweise mit Bezug auf das Landesstraßenbauprogramm.

